

# Die Geschichte des Kaliningrader Gebietes in der sowjetischen Forschung

von Svetlana Galcova

Vor einem halben Jahrhundert entstand in der Folge des Zweiten Weltkrieges ein neues Verwaltungsgebiet in der Sowjetunion, dessen Schicksal durch die Beschlüsse der Alliierten auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam besiegelt worden war. Unmittelbar nach der Einnahme Königsbergs durch die Rote Armee am 9. April 1945 begann der Aufbau einer neuen Macht. Das oberste Organ bildete der Kriegsrat der 3. Weißrussischen Front; Leben und Ordnung in der Stadt wurden durch Befehle der Militärkommandantur reglementiert. Am 19. November 1945 wurde eine Provisorische Zivilverwaltung eingesetzt. Im April 1946 wurde diese in eine selbständige Zivilverwaltung umgewandelt, in der 76 von der Parteiführung ausgewählte Personen tätig waren. Gleichzeitig delegierte Moskau 672 Verwaltungsangestellte in das Gebiet. Schon damals begann die organisierte Umsiedlung von Menschen aus der Sowjetunion in diese Region; die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach Deutschland fand 1948 statt.

Durch einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. April 1946 „über die Neugestaltung des Königsberger Gebietes im Bestand der UdSSR“ wurde die neue Verwaltungseinheit auf einem Drittel des ostpreußischen Territoriums (15 000 km<sup>2</sup>) gegründet. Etwas später, am 4. Juli 1946, benannte man die Stadt Königsberg und das neue Gebiet nach dem gerade verstorbenen Vorsitzenden des Obersten Sowjet, M.I. Kalinin.

Von Anfang an maß die sowjetische Regierung allen Fragen, die den Aufbau der neuen sowjetischen Region betrafen, besondere politische und ideologische Bedeutung bei. Wichtige Elemente beim Aufbau der neuen Macht und der Errichtung der sowjetischen Ordnung waren die Idee vom Siegeszug des Kommunismus in Deutschland und das Bestreben, den „unanfechtbaren Vorzug des Systems“ zu demonstrieren. So war es auch nicht verwunderlich, daß vor den Kommunalwahlen im Dezember 1947 bereits in allen Orten Parteiorganisationen entstanden.

Nach offiziellen Angaben war der Entwicklungsprozeß des neuen Gebietes 1950 abgeschlossen, als sich das Gebiet „vom Verbraucher zum Produzenten entwickelte“. Seit diesem Zeitpunkt verlief die Entwicklung des Kaliningrader Gebietes in den allgemeinen Bahnen der sowjetischen Ge-

schichte. Seit 1985 und erst recht nach dem Zerfall der UdSSR 1991 offenbarten sich zum ersten Mal alle Besonderheiten des Gebietes: Mit der Perestrojka setzte ein neuer Abschnitt der Geschichte des Gebietes ein.

Bis dahin beeinflussten politische und ideologische Bedürfnisse als feststehende Faktoren Inhalt und Charakter der sowjetischen Forschung zur Geschichte des Gebietes. Diese Arbeit vollzog sich stets unter strenger Kontrolle der Partei, angefangen vom ZK und dem Gebietskomitee, bis hin zur örtlichen Parteigruppe. Das neue Gebiet nahm während der sowjetischen Zeit innerhalb des Baltikums, auch in militärischer Hinsicht, einen Sonderstatus ein — in der ersten Zeit herrschte dort auch Ausnahmezustand —, woraus resultiert, daß die Parteiführung in Moskau hinsichtlich Kaliningrads ihr Prinzip eines Informationsvakuum durchsetzte: In gesamtsovietischen historischen Publikationen wurden die Probleme des Gebietes immer ausgeklammert. Eine Thematisierung fand nur durch Kaliningrader Historiker und einige ihrer baltischen Kollegen statt. Dabei wurden hinsichtlich Forschung und Inhalt enge Grenzen gezogen. Das Zensurorgan Glavlit erließ besondere Instruktionen zum Thema „neue Gebiete“, die auch für Kaliningrad Gültigkeit besaßen. Die offizielle Propaganda forderte die Formierung eines gesellschaftlichen Bewußtseins der Kaliningrader ohne Berücksichtigung der ostpreußischen Geschichte.

Man behauptete, daß auf den Ruinen der untergegangenen Zivilisation eine neue Geschichte ohne organische Beziehung zur vorangegangenen Epoche begonnen habe. Das negative Verhältnis zur vorsowjetischen Vergangenheit verband sich unmittelbar mit dem Bewußtsein der ersten Kaliningrader, denen die Kriegsschrecken noch in Erinnerung waren.

Ostpreußische Geschichte war lange Jahre nicht nur für Wissenschaftler verboten, sondern auch für Heimatkundler. Auch in bezug auf die Geschichte der sowjetischen Periode wurde eine lange Liste von Themen tabuisiert, so daß es leichter fällt, alle zur Forschung freigegebenen Themen aufzuzählen: einige Aspekte zur Besiedlung 1945 bis 1950, das Entstehen der sozialistischen Wirtschaft und Industrie mit den Schwerpunkten Fischfang und Landwirtschaft.

Schließlich noch ein charakteristisches Detail, das illustriert, unter welchen Bedingungen die Regionalgeschichte erforscht wurde: In der sowjetischen Zeit hatten Arbeiten zur Parteigeschichte generell Priorität. So entstanden die meisten lokal- und regionalgeschichtlichen Arbeiten am Lehrstuhl für Geschichte der KPdSU. Das bezieht sich auch auf die ersten Arbeiten zur Geschichte der Gründung und Besiedlung des Gebietes, Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre verfaßt, erschienen in der wissenschaftlichen Schriftenreihe des Kaliningrader Pädagogischen Instituts als

Sammelband unter dem charakteristischen Titel: „Die Leninsche Nationalitätenpolitik in der Praxis“.<sup>1</sup>

Die Autorin behandelt zwei Fragen: die sowjetische Neubesiedlung und die Formierung von Staats- und Parteiorganen. Neben allem ideologischen Aufwand in den Forschungen von Energija Kolganova ist dort auch wirklich wertvolles Material zu finden. Die Historikerin verteilte selbst erarbeitete Fragebögen an Umsiedler, wertete sie aus und ergänzte diese Angaben durch Archivadokumente. Dabei versuchte sie, die Besiedlung des Gebietes in Etappen zu gliedern, die Rolle des Staates sowie Motive zur Umsiedlung aufzuzeigen. Erstmals wurde der sowjetisch-polnische Grenzvertrag vom 16. August 1945 zur südlichen Grenze des Kaliningrader Gebietes erwähnt. Weiterhin zeigt sie einige Besiedlungsmethoden auf: planmäßige Umsiedlung von Kolchosbauern auf Staatskosten, Demobilisierung des Militärs, d.h. der Teilnehmer an der ostpreußischen Front, die sich für eine zivile Existenz im erkämpften Territorium entschieden hatten, organisierte Anwerbung von Arbeitern sowie außerplanmäßige Umsiedler.

Mitte der 50er Jahre brach die Massenumsiedlung aus Rußland und Weißrußland ab. Die nationale Zusammensetzung des Gebietes stellte sich damals wie folgt dar: 77,1% Russen, 9,4% Weißrussen, 6,6% Ukrainer, 3,2% Litauer, 0,5% Juden, 0,5% Polen und 2,7% übrige Nationalitäten.<sup>2</sup> Zu dieser Zeit belief sich die Einwohnerzahl des Gebietes auf ungefähr 600 000 Menschen (1994 sind es über 900 000, wovon die Hälfte in Kaliningrad wohnt).

In den Arbeiten von Kolganova, die sie Anfang der 60er Jahre verfaßte, wird das Schicksal der deutschen Bevölkerung nicht berührt. Es war ein Tabuthema.

In den späten 70er Jahren erarbeiteten Mitarbeiter zweier parteigeschichtlicher Lehrstühle (Kaliningrader Universität und Technisches Institut für Fischereiwirtschaft) zwei Sammelbände mit dem programmatischen Titel: „Entstehung und Entwicklung der Parteiorganisationen im Kaliningrader Gebiet“.<sup>3</sup> Die Arbeitsweise basierte auf den traditionellen Parteiverfahren, d.h. Bestätigung verkündeter Losungen und Ideen durch statistische Methoden und Schlußfolgerung entsprechend der gültigen

<sup>1</sup> Energija Kolganova, *Leninskaja nacional'naja politika v dejstvii* (Die Leninsche Nationalitätenpolitik in der Praxis). Kaliningrad 1974.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> *Stanovlenie i razvitije Kaliningradskoj oblasti partijnoj organizacij* (Entstehung und Entwicklung der Parteiorganisationen im Kaliningrader Gebiet). T. 1, Kaliningrad 1977; t. 2, Kaliningrad 1978.

Doktrin: Bestätigung der Losung durch das Leben. Daraus resultiert auch die Reihenfolge der Quellennennung: zuerst Beschlüsse des ZK der KPdSU und der Regierung, sodann Dokumente und Beschlüsse des Gebietskomitees der KPdSU, schließlich Periodika, offizielle Statistiken und Archivmaterialien. Als Themen werden in den Sammelbänden aufgegriffen: die planmäßige Besiedlung, die Arbeit der provisorischen Zivilverwaltung, der Aufbau der Parteiorganisation und die Gründung der Soviets, die Schaffung von Arbeitskollektiven, die staatliche Subventionierung von Umsiedlung und Wirtschaftsentwicklung, Besonderheiten der Parteiarbeit, der Aufbau von Komsomol und Gewerkschaft, Besonderheiten der Gebietsverwaltung und die administrativ-territoriale Gliederung des Gebietes. Mit der Erwähnung der Verwaltung für die Deutschen wurde zum ersten Mal die Frage der hier lebenden Deutschen angesprochen.

Wertet man die Arbeiten aus der Ära Brežnev, der sogenannten Stagnationszeit, in der die kommunistische Doppelmoral blühte, aus heutiger Zeit, geht es in ihnen nicht nur um die gewissenhaft erfüllten Zielvorstellungen. Die Thesen der Arbeiten unterstreichen den entscheidenden Charakterzug des totalitären Systems gerade auch dadurch, daß alles dem Diktat der Vereinheitlichung unterworfen wurde. So ist die Geschichtsschreibung des Kaliningrader Gebietes aus dieser Zeit Bestandteil der gesamt-sowjetischen Geschichte, unter Berücksichtigung weniger Besonderheiten (z.B. die ausschließlich planmäßige Besiedlung des Gebietes unter Führung der Partei, die Hilfeleistung für die Deutschen, der Aufbau einer führenden Landwirtschaft und einer hochentwickelten Industrie, die Entwicklung einer Vielvölkerstruktur hin zum „sowjetischen Volk“). In diesen beiden Bänden sind aber auch einige Fakten und Dokumente enthalten, die der Durchschnittsleser bis dahin nicht kannte.

In der Reihe der Publikationen finden sich auch zwei populärwissenschaftliche Bände, erschienen anlässlich eines Gebietsjubiläums unter Leitung der ideologischen Abteilung des Gebietskomitees der Partei, in denen fast wörtlich die folgende These propagiert wird: „Die Bastion des preußischen Militarismus hat sich in ein blühendes Land mit intensiver Landwirtschaft und hochtechnologisierter Industrie verwandelt und ist ein kulturelles und wissenschaftliches Zentrum im Nordwesten der UdSSR.“<sup>4</sup>

Anlässlich der Einrichtung einer historischen Fakultät an der Kaliningrader Universität, Ende der 70er Jahre, gab es erste Versuche, die Lokal-

<sup>4</sup> XX let Kaliningradskaja oblast' (20 Jahre Kaliningrader Gebiet). Kaliningrad 1966.

geschichte in die Lehre einzubeziehen, wobei man sich bemühte, nicht ausschließlich über die Methoden der reinen Parteigeschichte zu dozieren. Mitarbeiter des Lehrstuhls für sowjetische Gesellschaftsgeschichte veröffentlichten 1984 ein erstes Lehrbuch für Geschichtsstudenten: „Landesgeschichte (1945–1950)“.<sup>5</sup> Dabei wurden die ideologischen Schraubzwingen gehörig angezogen. Glavlit verbot sogar den geplanten Titel „Geschichte des Kaliningrader Gebietes“, um nicht überflüssige Aufmerksamkeit zu provozieren. Unter solchen Bedingungen konnte von einer Veränderung der traditionellen Darstellungsmethode keine Rede sein. In dem Lehrbuch werden die militärischen Operationen in Ostpreußen, die Verwaltungstätigkeit der sowjetischen Armee in der Region und Besonderheiten bei der Entwicklung des Gebietes behandelt. Die meisten Aussagen waren durch früher erschienene Publikationen unweigerlich vorherbestimmt, so daß sich prinzipiell nichts Neues finden läßt. Doch gibt es Ergänzungen zur Periodisierung der Lokalgeschichte, die dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte etwas näher kommen. Ein positives Moment stellt die umfangreiche Verwendung von Archivmaterialien und die Publizierung neuer statistischer Daten dar, wodurch diese Edition mehr sachliche Informationen enthält.

1986 erschien der zweite Teil dieses Lehrbuches, schon mit dem konkreten Titel „Geschichte des Kaliningrader Gebietes (1951–1965)“. Der erste Teil behandelt die Entwicklung der Volkswirtschaft, der zweite die sozialen Tendenzen und die Erhöhung des Lebensstandards. Obwohl dieser Band bereits zu Zeiten der Perestrojka erschien, enthält er noch viele Mängel, die auch Publikationen aus der Stagnationsperiode zu eigen sind. So heißt es z.B.: „Ungeachtet einiger negativer Momente, die mit subjektivistischen und voluntaristischen Elementen der staatlichen Verwaltung in den fünfziger Jahren zusammenhängen, hat die Partei konsequent die Leninschen Prinzipien des demokratischen Zentralismus im ökonomischen und geistigen Leben der sowjetischen Gesellschaft entwickelt und vervollkommnet. Die Errungenschaften der Werktätigen des Gebietes sind hoch einzuschätzen. Am 14.4.1966 wurde das Gebiet auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Leninorden ausgezeichnet.“<sup>6</sup> (Das geschah anlässlich des 20jährigen Bestehens der Kaliningrader Oblast.) So wird ein Zeitraum eingeschätzt, den man in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung als Krise des realen Sozialismus

<sup>5</sup> Istorija kraja (1945–1950) (Landesgeschichte <1945–1950>), Kaliningrad 1984.

<sup>6</sup> Istorija Kaliningradskoj oblasti (1951–1965) (Geschichte des Kaliningrader Gebietes <1951–1965>), Kaliningrad 1986.

bezeichnet. Dieses Beispiel ist typisch für die Verwendung politischer Schablonen anstelle wissenschaftlich belegbarer Thesen.

Kaliningrader Historiker haben zahlreiche Aufsätze (sowohl Forschungsbeiträge als auch populärwissenschaftliche Artikel) zur Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft verfaßt, die sämtlich propagandistischen Charakter tragen und sich an Artikeln bzw. Leitsätzen der Sekretäre des Gebietskomitees (Vassilij V. Černyšov, Nikolaj S. Konovalov, Kimo Ščotin u.a.) orientieren, wobei die wissenschaftliche Forschung zur Industriegeschichte durchaus auf Archivmaterialien und offiziellen Statistiken basiert. Unter anderem veröffentlichten folgende Parteihistoriker Aufsätze und Dissertationen: Energija Kolganova, Aleksandr Potapov, Ali Salychov, Ivan Farutin (langjähriger Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der KPdSU) und Ivan Gordeev.<sup>7</sup>

Ich konzentriere mich hier auf einige grundlegende Aussagen dieser Arbeiten: Am Anfang des wirtschaftlichen Aufbaus habe die Fischfangindustrie gestanden, die völlig neu habe aufgebaut werden müssen. Als nächstes seien Wiederaufbau und Weiterentwicklung der Zellulose- und Papierindustrie sowie des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung in Angriff genommen worden. Die gesamte Industrie sei praktisch auf Ruinen errichtet worden. Von den 360 Industriebetrieben der Region seien bei Kriegsende 182 vollständig zerstört gewesen, die restlichen etwa zu 50-60% erhalten. Mangel an Wasser und Strom hatten die Situation erschwert. Abgesehen davon seien rasch sozialistische Wirtschaftsstrukturen errichtet worden, wobei nach Meinung der Wissenschaftler zusätzliche Investitionen eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Berechnungen hätten ergeben, daß hier in den ersten Nachkriegsjahren doppelt soviel pro Einwohner investiert worden sei wie in der restlichen Sowjetunion. Jedoch habe man zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungsdichte in diesem Gebiet in jenen Jahren bedeutend niedriger als in Zentralrußland gewesen sei.

Die Beziehungen zwischen sowjetischen Neusiedlern und deutschen Arbeitern werden durch zwei Aussagen idyllisiert: „Sie stützten sich auf das Prinzip des proletarischen Internationalismus (...) auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene waren die deutschen Einwohner den Bürgern der UdSSR völlig gleichgestellt“.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Erschienen mehrheitlich in: Stanovlenie (wie Anm. 3).

<sup>8</sup> Aleksandr Potapov, K voprosu o specifikke stanovlenija narodnogo chozjajstva oblasti (1945–1950) (Zu Fragen der Spezifik der Volkswirtschaft des Gebiets <1945–1950>), in: Stanovlenie (wie Anm. 3), t. 2.

Papier- und Zelluloseindustrie sowie Maschinenbau hätten sich — so die Darstellung — zu den vorrangigen Industriezweigen entwickelt, da sie auf unzerstörten deutschen Betrieben hätten aufgebaut werden können, wodurch auch die wirtschaftliche Grundlage des Gebietes habe gesichert werden können. — Der Aufbau der Fischfangindustrie erfuhr in den parteihistorischen Arbeiten auch deshalb eine ideologische Bedeutung, weil letztere im Vergleich mit dem ostpreußischen Fischfang, der in der Vorkriegszeit nur Saisoncharakter hatte, Gewinne erbrachte.<sup>9</sup>

Im Umgang mit der Geschichte der Landwirtschaft wird nicht weniger ideologisch argumentiert. Die rasche Einführung der Kolchoswirtschaft in das ostpreußische Agrarsystem wird von den Historikern hauptsächlich mit entsprechender marxistischer Terminologie begründet. Man spricht von der „Kraft und Lebensfähigkeit der Kolchoswirtschaft“ und vergißt nicht, die Urkunden zu erwähnen, in denen den Kolchosbauern das ewige Recht auf Bodennutzung garantiert wurde. „Die große Hilfe, die die Arbeiterklasse der Bauernschaft gewährt“, wird immer wieder betont, und natürlich findet die führende Rolle der Partei besondere Erwähnung. Die Analyse der Sowjetisierung der Landwirtschaft offenbart eine Reihe interessanter Fakten, u.a. die komplizierte Gewöhnung der Kolchosbauern an das für sie unbekannt System der Einzelgehöfte.

Interessantes Material findet sich in diesen Arbeiten gleichfalls über die Militärsovchosen und Nebenwirtschaften. Erstmals wird in der offiziellen Presse der ziemlich hohe Anteil (18%) von sogenannten Rückkehrbauern erwähnt, d.h. Nichtansiedlungswilligen (diese Rate gleicht in etwa der Größenordnung der Rückkehrer bei der Bauernumsiedlung nach Sibirien während der Stolypinschen Agrarreform Anfang des Jahrhunderts). Von besonderer Bedeutung ist der demographische Charakter der Landbevölkerung in den 50er und 60er Jahren.

Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Kaliningrader Gebietes weist zwei grundlegende Aspekte auf: einen politischen und einen rein wissenschaftlichen. Unter den Bedingungen des totalitären Systems wurden alle Historiker — nicht nur die Parteihistoriker — als Kämpfer an der ideologischen Front betrachtet. Diese politischen Auflagen wurden im gesamtsovjetschen wie auch im regionalen Maßstab erfolgreich und gewissenhaft von den Historikern erfüllt, wobei sich die

---

<sup>9</sup> Svetlana Galcova, Selskoe chozjajstvo Kaliningradskoj oblasti v 1965–1985 gg. (Die Landwirtschaft des Kaliningrader Gebietes in den Jahren 1965 bis 1985), in: Severozapad Rossija v agrarnoj istorii (Das nordwestliche Rußland in der Agrargeschichte). Kaliningrad 1991.

wissenschaftlichen Resultate der historischen Forschung schwer einschätzen lassen. Bei der vergleichenden Analyse der Forschungsarbeiten sind — ohne voreingenommene Geschichtsbetrachtung und mangelnde arbeitsmethodische Kenntnisse, auch im Umgang mit historischen Quellen, zu berücksichtigen — bewußt gemachte Fehler in Bewertungen, Vergleichen und bei der Konstruktion von Thesen ersichtlich. Im folgenden werden Forschungsergebnisse und Schlußfolgerungen der 50er und 60er Jahre verglichen.

Da man gegenüber „bürgerlichen Angriffen auf die sowjetische Geschichte“ genügend gewappnet sein mußte und gleichzeitig die Vorzüge des Sozialismus zu unterstreichen hatte, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler auf die Herstellung propagandistischer Bezüge zwischen Erscheinungen und Fakten. So wurde z.B. der Fischfang in hohem Maße mit den Fangerträgen der Vorkriegszeit in Beziehung gesetzt. Andererseits wurden diejenigen Kennziffern, die kein positives Bild von der Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft vermitteln konnten, verschwiegen oder als unwesentlich hingestellt.

Den Historikern war es verboten, Vorkriegsstatistiken der deutschen Presse zu benutzen, vor allem dann, wenn vergleichbare ostpreußische Zahlenwerte die industrielle Entwicklung unter der sozialistischen Idee bloßstellen konnten. So entstanden Arbeiten, deren Thesen sowohl gut informierten Wissenschaftlern als auch aufmerksamen Lesern paradox erschienen. Ein Beispiel dafür: Im Vergleich zu Ostpreußen, dem „Vorposten des Militarismus“, entwickelte sich angeblich das Kaliningrader Gebiet zu einer „ökonomisch-industriellen Region mit hochentwickelter Landwirtschaft“, während in Wirklichkeit gleichzeitig viele Kaliningrader gezwungen waren, ihre Lebensmittel durch Reisen nach Litauen zu organisieren. Die erdrückende Mehrzahl der Betriebe (Waggonbau, Schiffbau, Zellulose- und Papierindustrie) waren Moskau unterstellte Allunionsbetriebe, die vorwiegend für den Militärsektor produzierten.

Der differenzierte Umgang mit Geschichte war nicht nur durch ideologische Diktate erschwert, sondern auch durch Verbote zur Nutzung von Archivmaterialien, so z.B. durch Einschränkung bei der Nutzung des Parteiarchivs, von Statistiken (besonders Bevölkerungsstatistiken), Angaben zur Sozialstruktur und zu Bodenschätzen. Offizielle Statistiken, gesamt-sowjetische wie auch regionale, waren stark gefiltert und eher Fiktion als Vergleichsanalyse. Z.B. wurde die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion für den siebten Fünfjahrplan in Prozent angegeben, für den achten in Rubel, für den zehnten wieder in Prozent. Bestimmte Kennziffern wurden in gesamt-sowjetischen Publikationen in Rubel berechnet, für die Kaliningrader Region jedoch in Tonnen und Stück angegeben.



Die Zeithistoriker haben viele Probleme mit den Quellen zur Kaliningrader Geschichte, da die Dokumente der sowjetischen Epoche weniger das tatsächliche Leben reflektieren als Errungenschaften und Siege „beim Kampf des sowjetischen Volkes um den Aufbau des Sozialismus“.

In den Jahren der Perestrojka haben sich Quantität und Qualität der Forschungsarbeiten zur Geschichte des Kaliningrader Gebietes nicht wesentlich gewandelt.

Nun hat sich die Parteigeschichte von selbst aufgelöst, die Parteihistoriker wirken nicht mehr. Der Forschungsschwerpunkt Regionalgeschichte verlagerte sich allmählich in die historische Fakultät der Universität. Dort erschien auch die erste Arbeit über die Ursachen des Verfalls der Landwirtschaft des Gebietes während der Stagnationsperiode. Weiterhin wurde der Sammelband „Ostpreußen in den Augen der sowjetischen Umsiedler 1945–50“ unter der Leitung des Dozenten Kostjašov veröffentlicht.<sup>10</sup> Zum ersten Mal standen nicht Produktion und Partei, sondern Menschen und reales Leben im Mittelpunkt. Auf der Grundlage von jetzt zugänglichen Archivmaterialien und Interviews mit Umsiedlern der ersten Generation wurde hier ein sozialer Abriß dieser Bevölkerungsgruppe erstellt, der auch Ortsschilderungen und Probleme bei der Erschließung der neuen Heimat beinhaltet. Zum ersten Mal wurde auch das Problem der deutschen Bevölkerung und ihre Vertreibung 1948 sowie die Beziehungen der Russen zu diesen Ereignissen thematisiert.

Die grundsätzlichen Veränderungen im Land und der Zusammenbruch der Diktatur der KPdSU bewirken einen freieren Umgang mit der Geschichte. Das Interesse an Ostpreußen, das latent immer vorhanden war, erlangt besondere Popularität und äußert sich auf unterschiedliche Weise: Für die einen ist es eine Prestigefrage, für die anderen wissenschaftliches Thema, für die dritten einträgliches Geschäft. Rasch erschien eine Fülle heimatkundlicher Publikationen, verfaßt von Liebhabern wie auch von Wissenschaftlern. Unter letzteren ist die Arbeit des Militärhistorikers Kretinin hervorzuheben, die sich mit den russisch-preußischen Beziehungen und dem Siebenjährigen Krieg beschäftigt. Bei den Heimatkundlern sollte man Gubin und Strokin erwähnen, die den ersten russischsprachigen „Abriß der Geschichte Königsbergs“ verfaßt haben.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Bisher liegen nur maschinenschriftliche Exemplare dieser internen Veröffentlichung vor.

<sup>11</sup> Aleksej Gubin, Vassilij Strokin, Očerki istorii Kënigsberga (Abriß der Geschichte Königsbergs). Kaliningrad 1991.

In den 90er Jahren hat sich die Zahl der staatlichen Institutionen und Zentren, die sich mit der Geschichte der Region beschäftigen, bedeutend erhöht. Neben dem schon viele Jahre existierenden Staatsarchiv und dem Kunsthistorischen Museum entstanden ein Universitätslehrstuhl für die Geschichte der Ostseeregion, ein Koordinationszentrum für die Suche nach wertvollen Kunstschätzen, ein Laboratorium zur Auffindung und Erforschung von Archivmaterialien bei der Abteilung Archivwesen der Gebietsverwaltung (Mitarbeiter dieser Abteilung erstellen gegenwärtig einen Sammelband zur Gebietsgeschichte von den Anfängen bis 1950) sowie eine Arbeitsgruppe der Universität für die Geschichte der russisch-preußischen Beziehungen auf ostpreußischem Territorium.

Darüber hinaus wurden zahlreiche heimatkundliche Vereinigungen gegründet, ebenso das archäologische Prussia-Museum. (Die archäologische Erforschung des Gebiets begann übrigens gleich nach dem Krieg und wird bis jetzt von Wissenschaftlern aus Moskau, Petersburg und Kaliningrad fortgeführt.) In der letzten Zeit wurden neue Forschungsrichtlinien zur neueren Regionalgeschichte und zur ostpreußischen Geschichte festgelegt. Mittlerweile macht man sich mit deutscher wissenschaftlicher Literatur sowie mit deutschen Quellen vertraut.

Vorrangig muß nun eine einheitliche Geschichtskonzeption des Gebietes erarbeitet werden, nicht nur unter wissenschaftlichen Aspekten, auch in bezug auf das regionale Selbstverständnis der Einwohner. Dabei geht es im besonderen um Antworten auf die Frage, welchen Platz die Geschichte eines fremden Volkes, einer anderen Kultur im historischen Gedächtnis unserer Nation einnehmen soll, wobei die komplizierte nationale Zusammensetzung des Gebietes gleichfalls berücksichtigt werden muß, die ja auch das nationale Selbstverständnis der Russischen Föderation widerspiegelt. Die ungestümen demographischen Prozesse als Folge des Zerfalls der Sowjetunion lassen besonders nach dem Miteinander von Nationalitäten und Kulturen fragen, vor allem in bezug auf die geographische Lage der Exklave. Bis jetzt läßt sich keine zweite Umsiedlungs- oder Flüchtlingswelle feststellen.

Die neue Politik hat zu einem anderen Umgang mit den deutschen Denkmälern geführt. Das spiegelt sich in den qualitativen Veränderungen wider, die in der letzten Zeit im Kunsthistorischen Museum vorgenommen wurden: zum einen im Intentionswandel des Museums — das reale Leben steht jetzt anstelle der vorherigen Abstrakta im Mittelpunkt; zum anderen wurde die Ausstellungsstruktur verändert. Wurden den Denkmälern der Vorkriegszeit früher nur kleine Tafeln gewidmet, wurde die Geschichte Ostpreußens nur fragmentarisch und im Zusammenhang mit Rußland dargestellt, so hat man inzwischen einen großen Saal für ostpreu-

ßische Geschichte eingerichtet. Zusätzlich werden systematisch verschiedene Ausstellungen zur ostpreußischen Geschichte gezeigt, darunter auch Gastausstellungen aus Deutschland.

So rückt die Vergangenheit immer mehr in das geistige Leben der Gegenwart und beeinflußt deren Gestaltung.

Für die Kaliningrader hängt die Zukunft von einer Stabilisierung der Situation in Rußland sowie vom russisch-europäischen Verhältnis ab, wobei Deutschland und die Nachbarstaaten des Gebietes eine besondere Rolle spielen. Unzweifelhaft hängt das Schicksal des Kaliningrader Gebietes aber auch vom Geschehen in Moskau ab. Sollten nationalistische Kräfte die Oberhand gewinnen, ist eine Rückkehr zur politischen Selbstisolierung Rußlands nicht auszuschließen, die den völligen Verfall der Exklave besiegeln würde. Für das Kaliningrader Gebiet ist es von zentraler Wichtigkeit, daß Rußland ein wirtschaftlich starkes, demokratisches und welt-offenes Land wird. Infolge der historischen Verhältnisse und der besonderen geographischen Lage kann sich das Kaliningrader Gebiet zu einem Sondermodell entwickeln, zu einem Prüfstein für die Ideen von einem zukünftigen vereinten Europa.

